

Was tun gegen steigende Mieten

Anlässlich immer höheren Mieten in Kreuzberg veranstalteten Bündnis 90/Die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg eine Diskussionsveranstaltung zur Mietenentwicklung im Reichenberger Kiez. Das Fazit: Die Politik kann handeln, um die drohende Verdrängung von StudentInnen und anderen Menschen mit geringerem Einkommen zu verhindern – der Druck muss von der Straße kommen.

Als Diskussionsteilnehmer waren geladen der grüne Bezirksbürgermeister Franz Schulz und Frank Straubing vom Berliner Mieterverein in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Resonanz war enorm. Statt der erwarteten 40 bis 50 strömten mehr als 100 BürgerInnen in das CHIP Jugendhaus in der Reichenberger Straße. Nachdem man spontan den Raum gewechselt hatte, um allen BesucherInnen Platz zu bieten, konnte eine spannende Diskussion beginnen.

Bürgermeister Schulz skizzierte zunächst das Problem: Wohnen in Friedrichshain-Kreuzberg wird teurer. Besonders bei Neuvermietungen kommt es zu erheblichen Mieterhöhungen. Nur wenn Wohnungsnotstand besteht, sind diese gesetzlich auf 20 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt, die sich aus dem aktuellen Mietspiegel ergibt. Laut Senat gäbe es jedoch ausreichend freien Wohnraum in Berlin, an die 100 000 Wohnungen stünden leer. Der politische Ansatz, so Schulz, müsse also eine gesetzliche Begrenzung von Mietsteigerungen sein. Er hat in einem offenen Brief an den Senat vorgeschlagen, Mieterhöhungen bei Neuvermietungen generell auf den Mittelwert des aktuellen Mietspiegels zu beschränken. Mietsteigerungen ohne Wohnverbesserungswert sollen an die durchschnittliche Inflationsrate gekoppelt werden. Statt den momentan erlaubten 20 Prozent läge die Obergrenze dann bei etwa 6 bis 9 Prozent.

Kein Problembewusstsein beim Senat

Frank Straubing vom Berliner Mieterverein kritisierte die Position des Senates



Reichenberger Straße in Kreuzberg

scharf. Die Behauptung, es stünden 100 000 Wohnungen in Berlin zur Verfügung bezeichnete er als Leerstandslüge. Mindestens ein Drittel dieser Wohnungen seien in einem so schlechten Zustand, dass man sie gar nicht ohne weiteres vermieten könne. Zudem lägen sie meistens in der Peripherie der Stadt und in sehr unattraktiven Wohngebieten. Geringverdienende auf diesen Wohnraum zu verweisen sei zynisch und bedeute die systematische soziale Verdrängung.

Die AnwohnerInnen sahen überwiegend die Politik in der Pflicht. Kritisiert

wurde die Liberalisierung des Baurechts und die Weigerung des rot-roten Senats, steigende Mieten als stadtpolitisches Problem anzuerkennen.

Was also tun? Eine Umfrage des Tagesspiegels ergab kürzlich, dass 20 Prozent der BerlinerInnen gerne in Friedrichshain-Kreuzberg leben würden. Im Moment wohnen hier etwa 8 Prozent. Die Nachfrage wird also in nächster Zeit nicht schwächer werden. Bürgermeister Schulz und die Grünen in Friedrichshain – Kreuzberg haben den Senat aufgefordert, das Problem steigender

Mieten ernsthaft anzugehen. Gesetzlich kann dies nur bundesweit geschehen, also über eine Bundesratsinitiative. Die Politik kann etwas tun. Für Schulz ist jedoch klar: „Ohne den offenen Protest der Anwohner wird’s schwierig. Der Druck muss von der Straße kommen.“

Jonas Schemmel

Den offenen Brief von Franz Schulz an den Senat zu steigenden Mieten finden Sie in der Rubrik "Themen" auf www.fricke.de.

Rund ums Bezirksparlament

Größte Open-Air-Galerie Berlins dauerhaft an der Spree

Nachdem die Berliner Mauer an der East-Side-Gallery Ende 2009 saniert ist, soll an der der Spree zugewandten Seite Berlins größte Open-Air-Galerie entstehen. Die River-Side-Gallery soll ein Ort für wechselnde Fotografie-, Malerei- und Street-Art-Ausstellungen werden. Einen entsprechenden Antrag haben die Grünen noch direkt vor der Sommerpause in das Bezirksparlament eingebracht. „Die neue Open-Air-Galerie soll keine Kopie der East-Side-Gallery sein, sondern mit der wechselnden Mauer-Gestaltung von Malerei über Fotografie bis Street-Art eine zeitgenössische Auseinandersetzung mit diesen großen Flächen im öffentlichen Raum ermöglichen“, sagt Elvira Pichler, kulturpolitische Sprecherin.

Mehr Kreuzberger Bügel für Friedrichshain-Kreuzberg!

Damit Friedrichshain-Kreuzberg noch fahrradfreundlicher wird, sind an vielen Orten weitere Kreuzberger Bügel nötig. Die Grünen fordern daher in einem Antrag weitere Fahrradabstellplätze vor Schulen, Sportplätzen und beliebten Einkaufsstraßen. Die inzwischen in der ganzen Republik verwendeten Rad-Bügel zum Anschließen am Rahmen heißen so, weil das Bezirksamt Kreuzberg Ende der 80er Jahre diese Alternative zum klassischen Fahrradständer einführte.

Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz für Räder

Ein Teil der Falckensteinstraße ist seit diesem Sommer für den Durchgangsverkehr gesperrt. Damit bekommen RadfahrerInnen mehr Platz und AnwohnerInnen werden von Abgasen und Lärm entlastet. Damit ist ein Antrag der Grünen in die Tat umgesetzt worden. AnwohnerInnen hatten sich zuvor beschwert, dass die Falckensteinstraße zwischen Schlesischer Straße und Oberbaumbrücke als Schleichweg missbraucht werde. Außerdem wurde das hohe Gefahrenpotenzial für NutzerInnen des Radstreifens auf der Oberbaumbrücke verringert. Bereits im vergangenen Herbst hatte Stadträtin Jutta Kalepky (für Grüne) die erste reine „Fahrradstraße“ im Bezirk in der Bergmannstraße eröffnet.

50 Euro Strafe für Gastwirt wegen Blumenkübeln

Was hilft gegen stinkigen Hundekot am Gehwegrand? Bunt bepflanzte Beete mit selbstgebaute Zäunen oder gemütlichen kleinen Bänken. Diese Baum-Beete bringen auch mehr Grün in die Stadt und wer einmal Opa und Enkelin beim Rosen-Gießen beobachtet hat, weiß: Baum-Beete sind ein echter Gewinn. Doch das Ordnungsamt verteilt saftige Knöllchen an Leute, die Baum-Beete bepflanzen, berichtete ein Anwohner der Kreuzberger Bergmannstraße. Für uns der Grund für eine mündliche Anfrage im Bezirksparlament an den zuständigen Stadtrat für öffentliche Ordnung, Peter Beckers (SPD). Der berichtete von einem Gastwirt, dem seine Behörde ein Bußgeld von 50 Euro aufbrummte, weil er Blumenkübel und -Kästen auf ein Baum-Beet gestellt hatte. Immerhin erklärte er später: „Das Ordnungsamt arbeitet mittlerweile gemeinsam mit dem Naturschutzamt an einer generellen Regelung.“

O₂-Arena will Leuchtleistung verringern

Nachdem sich AnwohnerInnen auf der Kreuzberger Spreeufer über die grelle Leuchtreklame der O₂-Arena beschwert hatten, nahm sich das Bezirksamt der Sache an. Inzwischen haben die Verhandlungen erste Erfolge gezeigt: So haben die Betreiber nach Gesprächen mit dem Bezirksamt zugesagt, die Leuchtleistung zu verringern.

Grüne Köpfe im Bezirk

Antrag statt Demoaufruf

Mit 15 Jahren kam sie allein nach Kreuzberg, wohnte in besetzten Häusern und stand kurzfristig unter Terrorismusverdacht. Heute ist Taina Gärtner grüne Haushaltspolitikerin im Bezirksparlament. Wie es dazu kam und was Christian Ströbele damit zu tun hat - das Portrait einer Kiezaktivistin.

Plötzlich wurde die Tür aufgebrochen, die Polizei stürmte herein und verhaftete Taina Gärtner und die anderen BesetzerInnen eines Hauses in der Luckauerstraße in Kreuzberg. Denn dort traf sich Anfang der 80er Jahre der berühmte berüchtigte Kreuzberger Besetzerat. Der Grund: Verdacht einer terroristischen Vereinigung nach § 129a. „Doch die Kriminalisierung der damaligen Besetzerbewegung schlug zum Glück fehl, keiner konnte verurteilt werden“, sagt die 44jährige, die noch immer in der Miet- und Wohnungspolitik aktiv ist. In ihrem Kiez rund um die Waldemarstraße hilft sie wie früher ihren Nachbarn bei Ärger mit den Vermietern. Dazugekommen ist ihre Engagement im Bezirksparlament. Doch Taina ist sich treu geblieben, vom viel zitierten Marsch durch die Institutionen kann keine Rede sein. Was sich aber geändert hat, ist ihr Bild von den Grünen. Der Partei, für die sie inzwischen aktiv ist, ohne Mitglied zu sein. Bis heute.

Im Jahr 2002 las Taina in der Zeitung, dass Christian Ströbele sein Mandat nach der Wahl nur behalten wird, wenn ihn die Bevölkerung direkt über die Erststimme in den Bundestag wählt. Das hatte bis dahin noch nie ein Grüner geschafft. Doch aufregen und nichts tun, ist nicht ihre Art. Die bekennende Linke wollte Christian helfen, meldete sich bei seinem grünen Kreisverband und hängte innerhalb weniger Tage ganze Kieze mit den inzwischen berühmten Seyfried-Wahlplakaten voll. Der Rest ist fast schon Geschichte.

Während Christian direkt in den Bundestag einzog und gegen Hartz-IV-Regelungen stimmte, demonstrierte Taina inzwischen mit ihren neuen Bekannten von der grünen Basis aus Kreuzberg gegen die neuen Sozialgesetze. Trotz ihrer Kritik



Taina Gärtner

Foto: privat

an der rot-grünen Regierungspolitik auf Bundesebene wollte sich Taina für die Grünen im Bezirk engagieren. „Denn die Grünen, die ich hier kennen lernte, haben schon damals so ähnlich gedacht wie ich“, sagt Taina, die zunächst als parteilose Bürgervertreterin (sogenannte Bürgerde-

putierte) im Frauen- und Gleichstellungsausschuss aktiv wurde.

Seit 2007 ist die ehemalige Straßenkämpferin nun Mitglied der Grünen-Fraktion im Bezirksparlament, einer ihrer Schwerpunkte: Haushaltspolitik. Dass sie sich einmal für diesen Bereich interes-

siert, hätte sie früher selbst nicht gedacht. „Aber inzwischen ist mir klar, wie wichtig die Haushaltspolitik ist“, sagt sie. Denn je weniger Geld die Bezirke vom Land Berlin bekommen, desto wichtiger sei es, die Prioritäten zumindest sozial verträglich zu setzen. Das hat Taina auch in ihrer Tätigkeit als Mitarbeiterin von Oliver Schruoffeneger, dem haushaltspolitischen Sprecher der grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, gelernt.

Im Ausschuss für Integration und Migration setzt sich die alleinerziehende Mutter eines inzwischen 20jährigen Sohnes dafür ein, dass Kinder und Erwachsene mit Migrationshintergrund bessere Chancen haben, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Von ihren türkeistämmigen Nachbarn, weiß sie immer genau, wo aktuell der Schuh drückt. Deren oft schwierige Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter kennt sie auch aus eigener Erfahrung.

Manchmal unterstützt Taina auch ganz praktisch den Schutz bedrohter Tierarten: Vergangenen Sommer hatte das RBB-Magazin zibb sie gemeinsam mit drei Gleichgesinnten zur Rettung von Meeresschildkröten als Turtle-Patrol (www.turtlepatrol.de) nach Borneo geschickt.

Auch zu Hause in ihrem Kiez setzt Taina Zeichen: Als sie mitbekam, dass das Kreuzberger Gröbenufer nach einem Pionier des Kolonialismus benannt ist, schrieb sie statt eines Demoaufrufs ganz pragmatisch einen Antrag fürs Parlament. Zu einem größeren Polizeieinsatz soll es diesmal nicht gekommen sein. Und die Umbenennung ist für den Herbst geplant.

Christian Honnens